

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf.).
Postkontonr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 898.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 6.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Verhandlungen und Kampfbereitschaft.

Die Verhandlungen von Münster.

Möglichkeiten der Verständigung.
Berlin, 1. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern nachmittag haben in Münster neue Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern unter Führung Sewerings, den Vertretern des Essener Zentralkomitees, der Kampfleitung der roten Truppen und Vertretern der drei sozialistischen Parteien über die Beilegung des Konfliktes im Ruhrgebiet stattgefunden. Bei dem Essener Zentralkomitee nimmt man einem Telegramm des Berliner Tageblattes zufolge an, daß die Regierung bei den Verhandlungen unter dem Druck des Ultimatum der RFA weitgehend die Zugeständnisse machen werde, so daß wohl auf Grund des Beilegerabkommens eine Verständigung zustande kommen werde. In diesem Falle wird sich auch die rote Kampfleitung fügen, so daß, wenn es in Münster zu festen Abmachungen kommt, auch ihre Durchführung gesichert ist. Das Ergebnis der Verhandlung soll heute in Essen zunächst einer Vollversammlung der Arbeitervereine unterbreitet werden.

Bei den gestrigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitervereine und der RFA wurde eine Vereinbarung erzielt, wonach die Schlichtung unter Voraussetzung einer entsprechenden Rechenprüfung vom 1. April an nicht unbetätigt hinaufgeschoben werden sollen.

Nach einem Telegramm des Vorwärts verkünden die bei Duisburg stehenden roten Truppen nach und nach die Luft an Frontsoldaten, da sie die erforderliche Rüstung nicht erhalten. Sie können in großen Scharen zurück, um, wie sie sagen, erst ihr Geld zu holen. Da es aber an den nötigen Geldern fehlt, befindet sich die Kampfmacht in wachsender Bedrängnis. Die rote Armee zeigt infolgedessen steigende Mienen auf. Von einer einheitlichen Front der roten Armee gegenüber den Reichswehrtruppen kann nicht mehr gesprochen werden.

Kein Generallstreik — aber Kampf-bereitschaft.

Berlin, 1. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Eine Vollversammlung der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins nahm nach einem Referat Däumigs und anschließender Diskussion folgenden Beschluß an:

„Die Generalversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins verpflichtet sich angesichts der noch bestehenden drohenden Gefahr, die Arbeiterschaft in ständiger Kampfbereitschaft zu halten, und beauftragt den Aktionsausschuß, alles zu tun, um die Verbindung mit den Klassenossen in Rheinland-Westfalen und allen anderen Industriezentren aufrechtzuerhalten, um im gegebenen Falle einen einheitlichen Kampf auf der ganzen Linie zu führen. Der Aktionsausschuß wird beauftragt, sobald die Situation sich ändert, wiederum eine Generalversammlung der Betriebsräte einzuberufen.“

Von einem Eintritt in den Generallstreik wurde Abstand genommen, da sowohl Däumig wie auch der kommunistische Redner erklärten, daß die Situation ihn im Augenblicke nicht erfordere.

Die Forderungen der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berlin, 1. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Gewerkschaftskommission beschäftigte sich gestern ebenfalls mit der Lage und beschloß folgende Resolution:

„Die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission fordert mit allem Nachdruck eine friedliche Lösung der Streitigkeiten im Ruhrgebiet. Um alle Komplikationen, die das wirtschaftliche Leben Deutschlands völlig ruinieren, zu verhindern, ist es notwendig, daß der Truppenrückzug unterbleibt. Des weiteren fordern die Vertreter der Gewerkschaften die sofortige Entlassung der Brigade Reihard und die sofortige Einstellung von Arbeiterwehren, sowie Erteilung von Vollmachten an die von den Gewerkschaften eingesetzte Kommission.“

Die Gewerkschaften werden verpflichtet, Listen zuverlässiger Arbeiter, die bereit sind, den Sicherheitsdienst zu verlassen, zur Verfügung zu stellen.“

Militärische Befehle Luchenwaldes.

Berlin, 31. März. Laut „Freiheit“ ist gestern nachmittag in Luchenwalde ein Bataillon Reichswehrtruppen eingezogen, die sämtliche öffentlichen Gebäude besetzt haben. Der Kommandeur hat verlangt, daß bis heute mittag 11 Uhr sämtliche Waffen und Munition von den Arbeitern abgeliefert werden. Die Arbeiter verlangen dagegen Abzug der Truppen.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Thüringen.

Berlin, 31. März. (Mittl.) Der Reichspräsident hat auf den von dem Minister Brandenstein überbrachten Antrag des Staatsrats in Thüringen und nachdem sich der Staatsrat für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verbürgt hat, sämtliche Ausnahmezustände für Großherrsingen (Sachsen-Weimar, Eisenach, Gotha) aufgehoben.

Meinungen, Sachsen-Gotha, Sachsen-Altenburg, Neuch, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und die von ihnen umschlossenen Gebiete) mit Wirkung vom 1. April aufgehoben in der Erwartung, daß Gewalttakte aller Art unterbleiben und die verfassungsmäßigen Behörden anerkannt und in ihrer Wirksamkeit nicht beeinträchtigt werden.

Ist das wahr?

Wie uns mitgeteilt wird, soll der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz in den Leipziger Kampftagen durch eine glänzende Rede die zum Eingreifen in Leipzig bestimmten Reichswehrtruppen zum Kampfe bewegt haben. Die Soldaten fürchteten, daß sie zu reaktionären Zwecken verwendet werden sollten und wollten nicht marschieren. Erst Herr Schwarz sei es gelungen, sie in Gang zu bringen.

Ist das wahr, und wenn es wahr ist, wie stimmt es mit dem Verhalten von Schwarz in Leipzig überein? Auf wen fällt überhaupt die Schuld an dem zweideutigen Verhalten des Ministers Schwarz? Auf ihn selbst oder auf die Erbes- und Kontrollerbes des Ministerpräsidenten Gradnauer?

Die dänische Krise.

Kopenhagen, 31. März. Die Generalversammlung der Fachverbände beschloß, die Fachorganisationen aufzufordern, spätestens bis 6. April den allgemeinen Streik mit Ausnahme lebenswichtiger Betriebe zu erklären, um die Einberufung des Reichstags, das Zustandekommen des neuen Wahlsystems und darauf die Wahlen auf christlicher Grundlage zu erzwingen.

Der Beginn des Generallstreiks.

Berlin, 1. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach einem Telegramm aus Kopenhagen ist die Nachricht, daß der Beginn des Generallstreiks auf den 6. April verschoben worden sei, unzutreffend. Einzelne Gewerkschaften konnten den Generallstreik nicht sofort erklären lassen, sondern mußten dazu Vorbereitungen treffen, die bis zum 6. April spätestens beendet sein sollen. Bei anderen ist aber der Generallstreik schon gestern in Kraft getreten, so daß die Arbeiter beispielsweise die Arbeit bereits niedergelegt hätten.

Wahlausruf der dänischen Sozialdemokratie.

Kopenhagen, 31. März. Zur Beratung der gegenwärtigen politischen Lage hielten gestern die Reichstagsfraktionen Sitzungen ab. Die sozialdemokratische Partei verurteilt einen Aufruf, in dem es heißt:

„In naher Zukunft können wir Wahlen erhalten. Wir fordern, daß die arbeitende und demokratisch stehende Wählerbevölkerung auch bis zum letzten Mann stimmen und die reaktionären Pläne vernichten werde. Die Lösung bei den Wahlen ist: Durchführung der Demokratisierung der Verfassung, Einführung der Republik und des Einkammersystems und Verabschiedung des Wahlsystems auf das 21. Lebensjahr. Es muß in der Verfassung Einheitlichkeit geschaffen werden, damit keine künftige Kamme die ruhige parlamentarische Entwicklung fördern kann.“

Die konservative Volkspartei beschloß einstimmig einen Aufruf an das dänische Volk, in dem es heißt: Der König hat kraft seines verfassungsmäßigen Rechtes und in voller Übereinstimmung mit dem parlamentarischen Staatsgebrauch an sein Volk gerichtet. Er hat die Minister ernannt, die sich zwischen ihm und das Volk stellen und eigenmächtig die Krone daran hinderten, den Willen des Volkes zu erfahren. Das Schicksal des Landes ist wieder in die Hand des Volkes gelegt. Die konservative Partei richtet die eindringliche Aufforderung an alle besonnenen patriotischen Bürger, sich zusammenzuschließen zum Schutze gegen die staatsgefährlichen anverwandten Bewegungen im Lande, damit die bevorstehenden Volksstimmwahlen durchgeführt werden können. In parteipolitischen Interesse wird der Staat von demokratischer Seite mit Ablehnung aller Lebensfunktionen bedroht. Wir weisen diese Gewaltthat zurück.

Die sozialdemokratische Partei hielt gestern abend eine große Protestversammlung gegen das Vorgehen des Königs ab, an der gegen 50000 Menschen teilnahmen. 20 sozialdemokratische Redner sprachen zu der Menge und protestierten gegen das Vorgehen des Königs; das als Wunsch der Verfassung bezeichnet wurde. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Volksversammlung protestiert aufs Schärfste gegen den Staatsverrat des Königs und verurteilt die sozialdemokratische Partei und den Gewerkschaften volle Unterstützung bei der Aufgabe, die Wiederherstellung der Verfassung und die Durchführung der Demokratie zu sichern. Die Versammlung löste sich in vollster Ruhe auf.

Kopenhagen, 31. März. Gestern abend hielt das neue Ministerium beim König die erste Sitzung ab und unterschied das Finanzgesetz und andre vom Reichstag angenommene Gesetzesvorlagen. Heute vormittag wird das Ministerium wieder beraten.

Unruhen in Budapest.

Wie aus Wien gemeldet wird, ist der Telegraphverkehr mit Budapest und dem übrigen Ungarn seit Sonnabend vollständig unterbrochen. Vier eingetroffene Reisende erzählen, daß in Budapest große Arbeiterunruhen ausgebrochen sind, die zu blutigen Zusammenstößen geführt haben.

Eine Etappe der sozialen Revolution.

Die großen Linien der revolutionären Entwicklung sind in allen Ländern gleich, und dem Politiker, der die politischen Ereignisse in seinem Lande vergleicht mit den Ereignissen anderer Länder, bieten sich Vergleiche und Parallelen genug. Aber das Tempo der Entwicklung, die Erscheinungen, in denen die Entwicklung zum Ausdruck kommt, sind verschieden je nach der politischen und wirtschaftlichen Struktur der Länder. Was hier in einem raschen Siegeslauf, durch einen revolutionären Stoß erobert werden kann, muß dort in mühseligen Dingen durch zahlreiche Etappen hindurch erkämpft werden. Was in Rußland in Monaten erreicht war, muß in Deutschland in Jahren erkämpft werden. In Rußland wurde in einem Schwung die politische Umwälzung vollzogen, und nun muß die Aenderung der Wirtschafts- und politischen Verhältnisse erkämpft werden, in Deutschland greifen die Kämpfe um die Eroberung der politischen Macht und die wirtschaftlichen Kämpfe so sehr ineinander, daß der endliche Sieg des Proletariats, die Eroberung der politischen Macht, den vollen wirtschaftlichen Sieg in sich tragen wird. Darum aber ist der Weg der deutschen Revolution vielleicht noch dorniger als der Weg der russischen Revolution. Nicht so leicht wie die russische Bourgeoisie löst sich die deutsche Bourgeoisie niederzukämpfen, deren politische und wirtschaftliche Macht konsolidierter ist, als die der russischen. Der Vergleich zwischen dem raschen politischen Sieg des russischen Proletariats und dem mühseligen Ringen der deutschen Arbeiter verleiht manchen zum Zweifel an der revolutionären Stoßkraft der deutschen Arbeiter, zu einem Pessimismus, der an dem endgültigen Siege der sozialen Revolution in Deutschland verzweifelt. Aber die Tatsache, daß trotz der ungeheuren Schwierigkeiten des Kampfes in Deutschland, trotz aller Rückschläge und Niederlagen die deutsche Arbeiterschaft sich immer wieder erhebt und in immer neuen Stößen die Revolution vorwärts treibt, ist der glänzendste Beweis für die ungebrochene Kampfkraft und die revolutionäre Gesinnung der deutschen Arbeiterschaft. Wer wollte heute, nach den heldenhaften Kämpfen, die sie in den letzten Tagen ihren Gegnern geliefert hat, an ihrem endgültigen Siege verzweifeln!

In Angriff und Verteidigung hat die deutsche Arbeiterschaft die Revolution vorwärts getrieben von Etappe zu Etappe, und eben ist sie im Begriffe, die erfolgreiche Verteidigung gegen den Stoß von rechts zu gestalten zu einem Siege der Arbeiterschaft, und eine neue Etappe auf dem Wege nach vorwärts zu durchschreiten. Dieser Kampf, zu dem die Gegner der Arbeiterschaft gezwungen haben, bedeutet noch nicht den letzten entscheidenden Kampf um unsere letzten Ziele. Heute bereits läßt sich erkennen, daß es sich in diesem Kampfe nur um die Eroberung einer neuen Etappe handelt, um die Realisierung der Voraussetzungen kommender entscheidender Kämpfe. Unter diesem Gesichtspunkte lassen sich heute bereits die Erfolge dieses Kampfes für die Arbeiterschaft ermessen. Das Machtbewußtsein der Arbeiterschaft ist gestärkt. Die sozialistische Erkenntnis über Ziele und Wege der revolutionären Arbeiterbewegung hat neue Kreise der Arbeiterschaft in weitem Umfang ergriffen. Die realen Machtmittel der Arbeiterschaft sind heute stärker denn zuvor. Diese Erfolge verdankt die Arbeiterschaft lediglich ihrer eigenen Kraft, nicht dem Entgegenkommen des Bürgertums. Die Erfahrungen des Kampfes, die Betrachtung der Erfolge des Kampfes lehrt darum nicht etwa die Zweckmäßigkeit eines Bündnisses zwischen der Arbeiterschaft und irgendwelchen Kreisen des Bürgertums, sondern die Notwendigkeit, den weiteren Kampf allein zu führen als Klasse, gestützt lediglich auf die Kraft der Arbeiterklasse.

Die gewalttätige Bewegung, die durch den reaktionären Putzsch unter der deutschen Arbeiterschaft entzweit worden ist, hat ihre Wirkung nicht lediglich in den Differenzen über politische Formen und nicht in dem Wunsche, die Koalition Bauer-Rohr-Biedert zu verteidigen gegen die Diktatur Lüttich oder gegen eine neue, der Lüttichdiktatur entsprechende Koalition von Westarp über Strossemann bis Schiffer. Die ungeheuren sozialen Spannungen, die durch die Koalitionspolitik seit dem Januar 1919 hervorgerufen worden sind, drängten nach einer Auflösung, und im Augenblicke, wo die Reaktion von rechts den offenen Kampf mit allen Machtmitteln entfesselte, standen sofort zwei klare Fronten einander gegenüber: hier Bürgertum, hier Arbeiterschaft! Die Stellung fast der gesamten Arbeiterschaft wurde nicht mehr bestimmt durch die politischen Parolen ihrer Führer, die den Volkstrüben des parlamentarischen Handelns und der Koalitionspolitik angepaßt waren, sondern durch die Erkenntnis, daß auf der Seite des Bürgertums ihre Todfeinde stehen, und daß es galt zu kämpfen auf Leben und Tod gegen den Militarismus, der die stärkste Stütze der bürgerlichen Gesellschaft, den gefährlichsten